

<http://www.welt.de/debatte/kommentare/article13868539/Athen-verkoerpert-den-europaeischen-Albtraum.html>

Griechische Krise

Autor: Bernard-Henri Levy | 14.02.2012

Athen verkörpert den europäischen Albtraum

Was die Idee von Europa ausmachte, philosophisch, politisch, fiskalisch und moralisch, kann nun zum Gegenteil führen: zu Tyrannei, Anarchie, Chaos – und Faschismus.



Foto: AFP Ein Haus in Flammen in der Nähe des griechischen Parlaments in Athen

Das Votum des griechischen Parlaments, den von der Europäischen Union geforderten Sparplan als Voraussetzung für die Freigabe der nächsten Tranche ihrer Hilfszahlungen zu beschließen, war unausweichlich. Es ist klar, dass die Alternative zum Sparplan – kurzfristig – der Ausschluss aus der Euro-Zone gewesen wäre, also der Bankrott, der Sturz in einen Zustand des Elends, der noch unerträglicher wäre als jener, der heute herrscht.

Und man begreift endlich, dass die Fahrlässigkeit der Regierungen, die in Athen seit 30 Jahren aufeinander folgen, ihre Demagogie, ihr manischer Klientelismus, ihre kurzsichtige Politik, ihre Unaufrichtigkeit – dass all dies die europäischen Partner dazu gezwungen hat aufzubegehren. Keine Frage.

Aber man hätte sich in einer solchen Affäre, politisch wie wirtschaftlich, in der man es mit einer so leicht entflammaren Materie zu tun hat wie den Völkern, ihrem Willen, ihrem Stolz, ihrem Gedächtnis, ihrer Revolte, ihrem Überleben, mehr Fingerspitzengefühl gewünscht. Man hätte es geschätzt, wenn die Erklärungen der Verantwortlichen in Deutschland und Frankreich einen Ton gehabt hätten, der nicht einer des Diktats und der Verachtung ist.

Man hätte es vorgezogen, wenn nicht erwogen worden wäre, den griechischen Finanzminister durch einen europäischen Kommissar zu ersetzen, was schon alleine von der Idee her wie eine unnötige Demütigung verstanden werden konnte.

Blinde Kürzungen an allen Stellen

Man hätte gehofft, noch wichtiger, dass die bürokratischen Autoren des Sparplans im Zuge der unumgänglichen und richtigen Maßnahmen nicht alles über einen Kamm geschoren hätten – sie reduzierten die Gesundheitsausgaben genauso drastisch wie die Kosten des überbesetzten Staatsapparates.

Man wäre gern ganz sicher gewesen, anders gesagt, dass die Experten, die das Land vor der Pleite retten sollen, wirklich keine andere Wahl hatten, als überall zu kürzen, blind, beim Budget für die essenziellsten öffentlichen Dienste, also jene, von denen das biopolitische Überleben der Bürger abhängt, genauso wie bei den Ausgaben für – beispielsweise – die Verteidigung.

Man müsste sicher sein können, dass sich diese Experten der auf diabolische Weise komplexen Mechanik bewusst sind, die sie dabei sind in Gang zu setzen und die am Ende nur den Effekt haben wird, das Land im Jahre 2020 auf das Verschuldungsniveau von 2009 zu bringen, also den Stand vor der „Rettung“. Und man bedauert vor allem, dass diese Krise nicht zum Anlass genommen wird – nicht nur in Griechenland, sondern in ganz Europa – für eine umfassende demokratische Debatte, aus der Folgendes hervorgehen könnte:

Erstens eine echte Überprüfung dieser Schulden, deren Geschichte und Verkettung zu kennen die Wähler ein Recht haben (ist das nicht die einzige Chance, ihnen jenes Sparprogramm nahezubringen, das ihnen derzeit ja aufgezwungen wird?).

Zweitens eine möglichst klare Aufteilung der Verantwortung zwischen den Regierenden (Sozialisten, Konservativen), den Bankiers (einschließlich derer, die an der Spitze jener internationalen Institutionen recycelt wurden und nun plötzlich den Griechen Lektionen erteilen), den Bürgern (die aus dem Steuerbetrug eine Kunstform gemacht haben und dies immer noch tun).

Drittens eine Vision der Wahlmöglichkeiten, die diese Gesellschaft in der finanziellen Klemme hatte und immer noch hat (ja: Wahlmöglichkeiten...die Wahl des Bürgers innerhalb eines – wenn auch reduzierten – Spektrums von Optionen; sie ist die Essenz jeder Demokratie, wie sie ja die Griechen erfunden haben und von der kein Notstand die Regierenden befreien kann...).

Es geht um eine Schicksalsfrage

Es geht hier nicht um Formfragen, es geht um Grundsätzliches, um eine Schicksalsfrage. Zunächst weil es sich bei den Bildern, die uns aus Athen erreichen, nicht um normale Demonstrationen handelt, sondern [um den Verfall sozialer Bindungen, ihre Explosion, ihre Zersetzung](#) – wie am Ende der Welt. Und weil man, auch wenn das Volk nicht immer recht hat, niemals gegen das Volk recht haben kann – außer man entscheidet sich für das, was aus dieser blanken Abscheu in der einen oder anderen Form folgt, wortlos und ohne Glauben, suizidär.

Eine seltsame Wendung erloschener Leidenschaften, die auf paradoxe Weise darum umso virulenter werden; die ewige Zuflucht von Gesellschaften am Ende ihrer Kräfte, die unweigerlich ins Chaos mündet oder in die Tyrannei. Weil es der ganze Kontinent ist, der sich jetzt mit dieser politisch, moralisch, metaphysisch unerträglichen Perspektive konfrontiert sieht: Europa besaß neben anderen Tugenden (Frieden, Wohlstand) auch jene, solche Völker – im Süden wie im Osten – mit der Praxis der Freiheit zu versöhnen, denen man sie für eine mehr oder weniger lange Zeit geraubt hatte.

Den gemeinsamen Traum retten

Und jetzt könnten die gleichen Institutionen, die gleichen gemeinschaftlichen Regeln, könnte die gleiche Währung, kurz, das gleiche Europa genau den gegenteiligen Effekt haben, weil es ein Mitglied in die Anarchie stürzt oder, was auf das Gleiche hinausläufe, in eine erzwungene Ordnung, eine Diktatur, den Faschismus. Das wäre ein Fehlschlag, dessen Schockwelle weit über das Platzen der Wirtschafts- und Währungsunion hinausginge.

Für die „guten Europäer“, denen Nietzsche prophezeite, dass sie im Zweifelsfall die Einzigen wären, die einen Schutzwall gegen die Brandung des Nihilismus bilden könnten – für diese Europäer wäre das eine Ironie der Geschichte, die man sich kaum vorstellen kann und die doch sehr real ist. Aber es muss nicht zum Schlimmsten kommen. Es bleibt noch etwas Zeit, um gemeinsam den Traum unserer illustren Pioniere zu retten.

Aus dem Französischen von Rainer Haubrich

Bernard Henri-Lévy

Der Pariser Intellektuelle gilt als einer der polemischsten Kritiker aller totalitären Regimes und Ideologen. Bekannt wurde Henri-Lévy in den 70ern als einer der Anführer der "Neuen Philosophen" mit einer harschen Kritik des Marxismus, auch mit dessen von Sartre vertretenen existentialistischen Variante.

Seit dem Anschlag auf die Twin Towers am 11. September 2001 wird Henri-Lévy nicht müde, die Verharmlosungen islamistischer Positionen zu kritisieren. Zu seinen bekanntesten Büchern gehören eine grandiose Sartre-Biografie und eine

erschütternde Reportage über die Ermordung des amerikanischen Journalisten Daniel Pearl, der 2002 in Pakistan von Al Quaida-Terroristen enthauptet worden war.

Der 62-jährige Henri-Lévy ist mit der Schauspielerin Arielle Dombasle verheiratet und Vater der Bestseller-Autorin Justine Lévy. Henri-Lévy ist auch Autor eines viel gelesenen Weblogs, das unter www.bernard-henri-levy.com erreichbar ist.

EINSPARUNGEN:

Griechenland wird verpflichtet, zusätzlich 325 Millionen Euro im laufenden Jahr zu sparen.

Insgesamt sollen es bis Ende des Jahres 3,1 Milliarden Euro sein.

ZUSTIMMUNG DES PARLAMENTS:

Die europäischen Geldgeber dringen auf verbindliche Zusagen aus Athen, die beschlossenen Sparmaßnahmen auch wirklich umzusetzen.

Dafür soll das griechische Parlament die Vereinbarung zwischen der Regierung und der „Troika“ von EU-Kommission, Internationalem Währungsfonds (IWF) und Europäischer Zentralbank zu dem Sparprogramm billigen

„Es gibt keine Auszahlung ohne Umsetzung“, betont der Chef der Eurogruppe, Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker.

VERBINDLICHE ZUSAGEN DER REGIERUNG:

Das Regierungslager in Athen muss verbindlich zusichern, bei dem Sparprogramm mitzuziehen.

Stabilitätsorientierte Länder wie Deutschland hatten schriftliche Garantien aus Griechenland gefordert.

SCHULDENSCHNITT:

Athen muss sich mit Privatgläubigern wie Banken und Versicherungen auf einen Schuldenschnitt einigen.

Mit der freiwilligen Beteiligung des Privatsektors ("Private Sector Involvement", PSI) sollen die griechischen Staatsschulden von rund 350 Milliarden Euro um rund 100 Milliarden Euro gedrückt werden.

Eine grundsätzliche Vereinbarung gibt es bereits.

Der tatsächliche Effekt ist offen, weil nicht klar ist, wieviele Gläubiger bei dem Forderungsverzicht tatsächlich mitziehen.

RETTUNGSPAKET:

Falls Athen die Bedingungen erfüllt, wollen die Euro-Finanzminister das Rettungspaket bei einem erneuten Sondertreffen am 15. Februar bestätigen.

Es geht dabei um das im Oktober 2011 beschlossene zweite Hilfspaket für Griechenland.

Es umfasst neue öffentliche Hilfen von 100 Milliarden Euro, dazu kommen 30 Milliarden Euro zusätzliche Garantien zur Absicherung des Schuldenschnitts.

Griechenland hatte bereits 2010 als erstes Euro-Land Hilfszusagen im Umfang von 110 Milliarden Euro bekommen.

Damals handelte es sich um bilaterale Vereinbarungen, das zweite Hilfspaket soll vom Euro-Rettungsfonds EFSF kommen.

Quelle: Reuters